

# Sozialismus.de

Heft 9-2021 | EUR 8,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



United behind  
the Science



Curkovic/Flach/Höne/Steg-  
meyer: Kfz-Tariffbewegung

König/Dejge: Die Politik  
der Arbeitgeberverbände



Forum  
Gewerkschaften

Beiträge u.a. von

Brigitte Schulz, Stephanie Oden-  
wald, Adam Tooze, Klaus Bullan,  
Alban Werner, Mario Keßler,  
Frank Deppe, Joachim Bischoff,  
Björn Radke, Thomas Jaitner



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Tarifkonflikt Deutsche Bahn versus GDL

Im derzeitigen Tarifstreit Deutsche Bahn AG (DB AG) versus Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) zeichnet sich nicht nur keine Lösung ab, sondern er wird sich ausweiten, auch eskalieren – und er bezeichnet ein politisches Dilemma.

## Die digitale Waffe

»Pegasus ist in der griechischen Mythologie ein geflügeltes weißes Pferd, es ist das Pferd der Helden, Götter und Dichter. In der digitalen Gegenwart ist Pegasus eine Spionage-Software für Autokraten, Potentaten und sonstige Herrschsüchtige.« (Heribert Prantl) Doch es sind es nicht nur autoritäre Staaten, in denen die journalistische Berichterstattung zum Risiko geworden ist.

## Widerstand gegen Macron mutiert zur RN-Variante

Das vierte Wochenende in Folge sind in Frankreich an die 237.000 Menschen auf die Straßen gegangen, um gegen den mittlerweile vom Parlament und dem Verfassungsrat (Verfassungsgericht) abgesetzten Gesundheitspass zu protestieren.

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und  
Leser:innen das konkret machen  
könnten, steht ebenfalls unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

Heft Nr. 9 | September 2021 | 48. Jahrgang | Heft Nr. 465

## Niederlagen & Kippunkte

Redaktion Sozialismus: Kriegsende – Niederlage des Westens. Die Taliban rufen in Afghanistan ein Islamisches Emirat aus .....	2
Redaktion Sozialismus: Der Planet Erde am Kippunkt .....	4

## Zeitenwenden & Dämmerungen

Alban Werner: Sie kennt uns. Was bleibt von der Ära Merkel? .....	6
Joachim Bischoff/Björn Radke: Nach der Pandemie – Big Government oder »starker Staat«. Die Aktualität der Staatsfrage .....	10
Michael Wendl: Keynes kommt zurück – durch die Hintertür der Geldpolitik. Der wirtschaftspolitische Kurswechsel ist bereits eingeleitet .....	16
Adam Tooze: Die Dämmerung der demokratischen Technokraten – Janet Yellen und Mario Draghi .....	21

## Lehrstücke & Unruhen

Brigitte Schulz: Kein Land der unbegrenzten Möglichkeiten – Schwarze in den USA .....	31
Mario Keßler: Ein Lehrstück angewandter Aufklärung. Susan Neiman zur Erinnerungspolitik in Deutschland und den USA .....	36
Thomas Jaitner: Modernisierung in Spanien? .....	41
Klaus Bullan: Gewaltausbrüche am Kap. Wie weiter mit Südafrika und dem ANC? .....	46

## Forum Gewerkschaften

Ivan Curkovic/Andreas Flach/Marco Höne/Marcel Stegmeyer: Im Takt des Kampagnenplans. Die Kfz-Tarifbewegung 2021 in Baden-Württemberg .....	51
Otto König/Richard Detje: Arbeitgeber agitieren für Anti-Sozialstaats-Koalition. Das »8-Punkte-Programm« der BDA zur Bundestagswahl .....	54

## Rückblicke & Ausblicke

Frank Depppe: Eine »Welt aus den Fugen« .....	57
Stephanie Odenwald: Streitfall Identitätspolitik .....	63
Holger Czitrich-Stahl/Rainer Holze: Rechtsanwalt, Antimilitarist, Politiker. Karl Liebknecht zum 150. Geburtstag .....	66
Christoph Lieber: »Brückenexistenz« in Emanzipationsbewegungen (zu Klaus Meschkats [Zwischen-]Bilanz »Über Grenzen gehen«) .....	70

## Impressum | Tipps | Film

Impressum .....	69
Tipps zum Hingehen und Anschauen .....	72
Klaus Schneider: Promising Young Woman (Filmkritik) .....	73

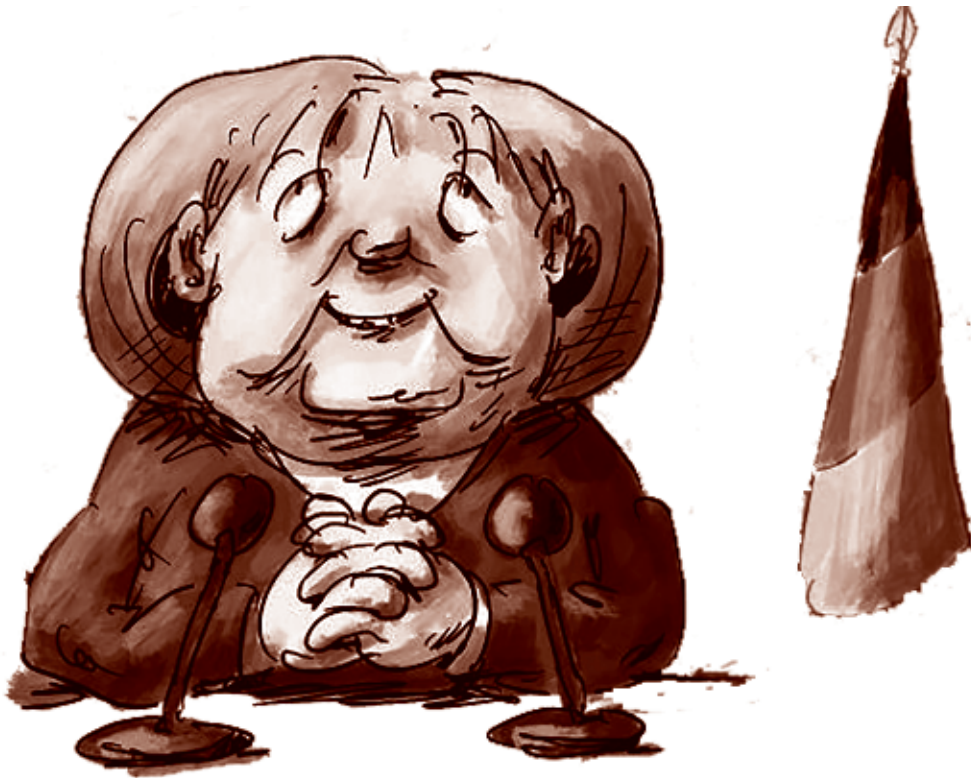
## Supplement

Ulrich Bochum/Jeffrey Butler/Klaus Kohlmeyer/Stephanie Odenwald  
**Rot-Rot-Grün in Berlin – eine Bilanz**

# Sie kennt uns

Was bleibt von der Ära Merkel?

von ■ Alban Werner



Karikatur (Ausschnitt): Klaus Stüttmann

Spricht man von Vermächnissen von Politiker:innen, geht es um mindestens zweierlei. Es geht erstens darum, Spuren der Vergangenheit in der Gegenwart aufzuzeigen und auch in der Zukunft, weil von politischen Vermächnissen und Hinterlassenschaften meistens dann die Rede ist, wenn sie über eine mehr als nur vorübergehende Haltbarkeit und Prägekraft verfügen. Zweitens geht es um eine Zurechnung: »Harte« Hinterlassenschaften wie politische Beschlüsse sowie »weiche« Nachlässe wie politische Einstellungsmuster werden einer bestimmten Akteurin als Verursacherin zugeschrieben.<sup>1</sup>

Die jetzt endende Ära Merkel, d.h. die Jahre 2005-2021, wird keine bestimmten inhaltlichen Politiken als wichtigstes politisches Vermächtnis auszeichnen. So unhintergebar die politischen Krisenzyklen von Finanz- und

Wirtschaftskrise ab 2008ff., Eurokrise ab 2010ff., Flüchtlingskrise ab 2015f. und Corona-Pandemie ab 2020 auch sind, um politische Entwicklungen unserer Gegenwart zu verstehen, bleibt ihnen als Leitartikel noch das eigentümliche *Phänomen Merkel* in Deutschland voranzustellen. Bereits jetzt ist die wichtigste Signatur der Ära Merkel der Eindruck ihrer *Unvermeidlichkeit*. Beinahe ungläubig werden viele, nicht nur jüngere Leser:innen reagieren, wenn sie in Ralph Bollmanns beeindruckender Biografie Episoden lesen, wie die vom »Herbst des Missvergnügens« der damaligen CDU-Vorsitzenden Angela Merkel, der die Rolle der Kanzlerkandidatin noch nicht über alle Zweifel hinweg zugefallen war, oder über den absoluten Umfragen-Tiefpunkt Angela Merkels in den Beliebtheitsumfragen zwei Jahre später, als die Kanzlerin noch tiefer ab-

sinken sollte als neun Jahre später während der Flüchtlingskrise.<sup>2</sup>

Die Aura des Unvermeidlichen der Kanzlerin hatte weniger den Charakter eines überprüfbaren Faktums als eines Gerüchts, das jeder kennt und sich im Maße, wie es immer mehr politische Akteur:innen glaubten, zu einer Art selbsterfüllenden Prophezeiung auswuchs. Noch weit mehr als andere Mythen über Merkel, die sich trotz eindeutiger gegenteiliger Faktenlage zäh in Privat- und Stammtischdiskussionen halten,<sup>3</sup> hält sich der der politischen Unbesiegbarkeit der Kanzlerin. So sehr war er in der Parteipolitik bereits in Fleisch und Blut übergegangen, dass selbst im Vorfeld der Bundestagswahl 2021, bei der Merkel sich erstmals seit 2005 nicht mehr bewarb, die wichtigen kandidierenden Parteien eine Unlust und Verweigerung politischer Kontroverse, Schärfe und Zuspitzung auf ein neues Niveau steigerten.<sup>4</sup> Der früh ausgerufene sozialdemokratische Kanzlerkandidat Olaf Scholz und der Unionskandidat Armin Laschet stellten beide personalpolitische Optionen dar, die nicht einmal die eigenen Anhänger:innen zu authentischen Begeisterungstürmen hinriss. Sie überboten sich im Wahlkampf darin, einen Pol der Ruhe und Verlässlichkeit darzubieten, wie die deutsche Öffentlichkeit es durch Angela Merkel spätestens seit ihrem ersten Wiederwahl-Wahlkampf 2009 gewohnt war.<sup>5</sup> Der Wahlkampf blieb so inhaltsleer und spannungsfrei, dass die hoffnungsvoll gestartete bündnisgrüne Kanzlerkandidatin, Annalena Baerbock, wegen Nichtigkeiten wie einem aufgehübschten Lebenslauf, plagiierten Stellen in ihrem ohnehin nicht selbst geschriebenen Buch und unglücklich formulierten, aber im Grunde längst bekannten Ankündigungen über Benzinpreissteigerungen strauchelte.

Weil sich diese Selbst-Sedierung des politischen Betriebs in Deutschland einem weithin verbreiteten Glauben über die Machtgrundlagen Angela Merkels verdankt und über die Parteien und Wahlgänge hinweg über bemerkenswerte Kohärenz verfügt, erscheint es gerechtfertigt, als wichtigstes Vermächtnis von Angela Merkels Kanzlerschaft den *Merkelismus* anzusehen: den Unwillen

und die Unfähigkeit der Politik in der Bundesrepublik, durch auch kontrovers ausgetragene Sachkonflikte die Weichen dafür zu stellen, in welche Richtung sich das Land entwickeln soll.

## Vier Aspekte des Merkelismus

»Merkelismus« meint zugleich eine bestimmte Anordnung politischer Kräfte, in der scharfe Richtungsalternativen und -konflikte vermieden werden und die konkrete Periode ab Ende 2008, als diese Konfiguration sich in der Bundesrepublik durchzusetzen begann. Während die »Ära Merkel« schlicht den Zeitraum unter Merkel als Kanzlerin beschreibt, meint *Merkelismus* eine *Konjunktur gesellschaftspolitischer Entwicklungen und Kräfteverhältnisse* während dieser Ära: »ein komplexes, widersprüchliches, instabiles, unvollständiges und vorläufiges Produkt sozialer Kräfte, die ihre Geschichte selbst zu machen suchten.«<sup>6</sup> Man kann vier Aspekte in dieser Konjunktur unterscheiden, denen man gleichwohl in konkreten Konstellationen nie in »Reinform« begegnete, sondern immer übersetzt und vermittelt durch die jeweiligen situativen Anforderungen.

Hervorzuheben ist zunächst ein *strategischer Aspekt*: Die Regierungen Angela Merkels waren gegenüber der deutschen Öffentlichkeit und den (potenziellen) Wähler:innen geprägt durch einen *Imperativ der Konfliktvermeidung für den Machterhalt*. Das erreichte Merkel teils durch eine Politik des vorsichtigen Auf-Sicht-Fahrens, der Entpolitisierung von Streitgegenständen und Problemen<sup>7</sup> sowie des technokratischen Durchwurstelns (»muddling through«). Eine wichtige Rolle spielten dabei auch Merkels berüchtigte Rhetorik der Alternativlosigkeit und unterschiedliche Arten der Anpassung an die veränderten Umstände oder das Verhalten der politischen Konkurrenz, etwa als Merkel Forderungen nach Einführung einer »Mietpreisbremse« zur Regulierung angespannter Wohnungsmärkte übernahm, oder eine Abstimmung ohne Fraktionszwang über die »Ehe für alle« ermöglichte, um beides jeweils als Wahlkampfthema zu neutralisieren. Wenn die Kanzlerin es aber als notwen-

dig ansah, verleitete sie ihr politischer Instinkt dahin, mögliche Konfliktherde auch durch schnelle und weitreichende Reformen abzuräumen. Ebenso wurde Merkels außenpolitisches Auftreten von den Erwägungen innenpolitischer Konfliktvermeidung gesteuert.

Ralph Bollmann weiß von verschiedenen Gelegenheiten zu berichten, bei denen die Kanzlerin ihr Handeln nach dem deutschen Wahlkalender ausrichtete und dadurch zur Verschärfung eingetretener Krisen beitrug – etwa in der ersten Phase der Eurokrise 2010, als Merkel Beschlüsse über einen Rettungsfonds für die notleidenden Länder der Währungsunion mit Blick auf die anstehende Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hinausögerte.<sup>8</sup> Angela Merkel hat zwar »durchregiert«, wie sie es während des Bundestagswahlkampfes 2005 angekündigt hatte, allerdings nur, indem und weil sie ihren eigenen Gestaltungsanspruch gegenüber ihrer ersten Kampagne als Kandidatin radikal zurückfuhr. Es wurde aber die längste Zeit, jedenfalls vor 2015, keine größere gesellschaftliche Bewegung gegen Merkels Politik virulent, und daher auch ihre Konfliktfähigkeit nur selten getestet. Der strategische Aspekt ergibt sich erst in der Zusammenschau der Interaktion Merkels mit ihren Konkurrent:innen und Gegner:innen.

Das führt direkt zum zweiten Aspekt, der *gesamtgesellschaftliche Stimmungen und die Öffentlichkeit* umfasst. Charakteristisch für den Merkelismus ist eine bemerkenswerte Komplizenschaft zwischen der Kanzlerin sowie ihrer Methode auf der einen Seite und ihren Kooperationspartner:innen wie Konkurrent:innen sowie ihrem Publikum auf der anderen. Kern des vertikalen politischen Tausches zwischen Regierungschefin und Bevölkerung ist die »Geschäftsgrundlage ›Ihr lasst mich regieren und ich lasse Euch in Ruhe‹.«<sup>9</sup> Auch hier lässt sich das Phänomen nicht ohne Einbeziehung des internationalen und europäischen Umfelds beschreiben. Vielmehr ist das Innen-Außen-Verhältnis geradezu zentral zum Verständnis der zwar lange nicht euphorischen, aber doch nach 2008 stabilen Wertschätzung, die Merkel in Deutschland erfuhr. Während des Merkelismus beeindruckt

die im internationalen Vergleich lange erstaunlich erfolgreiche Abschirmung der deutschen Politik und Gesellschaft von den dicht aufeinanderfolgenden inneren und äußeren Umwälzungen und daraus erwachsenden Konfliktpotenzialen. Merkelismus ist die im Lichte beobachtbarer Unordnung sich einstellende

*Alban Werner* ist Mitarbeiter der Sozialistischen Studiengruppen, lebt in Aachen. In *Sozialismus.de* 9/2020 erschien von ihm der Beitrag: »Wohin will die CDU nach Merkel?« und in der Ausgabe von Juli/August 2021 besprach er den Film »Der Rausch« von Thomas Vinterberg.

<sup>1</sup> Stephen Farrall/Colin Hay/Emily Gray, *Exploring Political Legacies*, London 2020, S. 2ff.

<sup>2</sup> Ralph Bollmann, *Angela Merkel. Die Kanzlerin und ihre Zeit*, München 2021, S. 256, 314.

<sup>3</sup> Um nur einige der bekanntesten zu nennen: Merkel habe eiskalt ihre möglichen (vor allem männlichen) Konkurrenten aus dem politischen Spiel gedrängt. Wesentlich auf Merkel gehe die Abkehr von der Atomkraft im konservativ-liberalen Spektrum zurück. Merkel habe die Abschaffung der Wehrpflicht zu verantworten usw.

<sup>4</sup> Claudius Seidl, *Die Politik der Verweigerung. Ein Wahlkampf ohne Kampf. Politiker, die dem politischen Streit aus dem Weg gehen. Kampagnen, die alles und nichts besagen. Kein Wunder, dass die Wähler verdrossen sind*, in: FAZ, 7.8.2021, S. 9.

<sup>5</sup> Matthias Jung/Yvonne Schroth/Andrea Wolf, *Regierungswechsel ohne Wechselstimmung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 51, 2009, S. 12-19, hier S. 14.

<sup>6</sup> Bob Jessop/Kevin Bonnett/Simon Bromley/Tom Ling, *Thatcherism. A Tale of two Nations*, Cambridge/UK, 1988, S. 13 (Übersetzung A.W.). Zum Begriff der Konjunktur vgl. Lawrence Grossberg, *Cultural Studies in Search of a Method, or Looking for Conjunctural Analysis*, in: *New Formations*, Vol. 96-97, 2019, S. 36-68.

<sup>7</sup> »Der Eindruck: Hach, alles so komplex: Dahinter lassen sich eigene Versäumnisse vernebeln, so macht es Merkel auch bei Klimaschutz, Energiewende, der Integration von Flüchtlingen. Anfangs engagiert voranschreitend, aber die Mühen der Ebene werden dann eher halbherzig angegangen, immer auch die Stimmung und die Überforderungsorgen von Bürgern und Wirtschaft im Blick.« Robert Birnbaum/Georg Ismar, *Das Merkel-Prinzip in 16 Punkten*, *Der Tagesspiegel*, 17.7.2021, S. 4-5, hier S. 5.

<sup>8</sup> Ralph Bollmann, *Angela Merkel*, a.a.O., S. 351ff., S. 370ff.

<sup>9</sup> Albrecht von Lucke, *Jagd auf Merkel*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 10, 2016, S. 5-8.

<sup>10</sup> »Warum ist so viel Freude eine Frage der Erleichterung als einfache Freude? Erleichterung, wenn man damit aufhört, seinen Kopf gegen die Wand zu hauen; Erleichterung, wenn ein drohendes Unglück abgewendet werden kann oder nicht eintritt; Erleichterung, dass man dem langweiligen Kollegen entkommt, der sich auf einen zubewegt – lässt einen sich besser fühlen als in der neutralen Position, in der ein Unglück welcher Art auch immer drohte. Wir finden Trost darin, daran zu denken, wie viel schlimmer es uns hätte ergehen können.« (William Ian Miller, *Proverbs*, *London Review of Books*, Jg. 22, Nr. 15, 10. August 2000; Übersetzung A.W.)

*Erleichterung* über die bleibende Gemütlichkeit der eigenen Verhältnisse.<sup>10</sup>

Diese Erleichterung erwuchs auf dem Boden einer gesamtgesellschaftlichen *Erwartungsdeflation*: Regierungen standen nach den Anfangsjahren der Ära Merkel für den Großteil der Öffentlichkeit unter einem geringeren Erfolgsdruck. Dazu trug die Erleichterung über das Ende der Agenda 2010-Phase mit ihren wirtschaftsliberalen Reformen bei, die unter Merkel mit dem Renteneintritt erst ab 67 beendet wurde. Weiterhin spielte das Ende einer Rhetorik des sachzwangbedingten Notstands, mit der man seit Jahrzehnten Reformen zu lasten zuerst Bevölkerungsminderheiten, dann auch der Bevölkerungsmehrheiten begründet und verteidigt hatte, eine Rolle. Schließlich war von Bedeutung, dass man der globalen Finanzkrise ab 2008 ohne neue Zumutungen, aber eben auch ohne Reklamation eines Kurswechsels entgangen war. Dies wirkte auf einen insgesamt niedrigeren politischen Erwartungssockel bei weiten Teilen der Bevölkerung hin. Im Lichte der Turbulenzen das Bekannte zu sichern, galt bereits als hinreichender Erfolg und Wahlgrund.<sup>11</sup>

Diese Erwartungsdeflation zu nähren und zu nutzen, gelang bereits im ersten Wahlkampf Merkels aus ihrer Rolle als Kanzlerin heraus, der sich im Licht der globalen Finanzkrise von 2008ff. abspielte.<sup>12</sup> Als weiteren, ins Strukturelle gehenden Grund für das Abflachen der Erwartungen an die Politik vermuteten manche eine Entkopplung zwischen den Erfahrungswelten der Bevölkerung und den Prioritäten und der Sprache der politischen Elite. »Die seltsame Kluft zwischen einer epochalen Finanzkrise und einem spannungslosen Wahlkampf konnte entstehen, weil eine andere Diskrepanz sich lange vorher aufgetan hat: die zwischen den Bürgern und der Politik. Die Krise hat unsere Demokratie gewissermaßen an einem schwachen Punkt getroffen. Früher als die politischen und öffentlichen Eliten hatten viele Menschen das unbehagliche Gefühl, dass der Politik etwas Entscheidendes entgleitet. Während in Talkshows die Chancen der Globalisierung beschworen und die kleinmütige Larmoyanz der Deutschen beklagt wurde, hat-

ten praktische Erfahrungen die Bürger schon gelehrt, dass die neue Arbeitskonkurrenz oder die Standortmobilität der Wirtschaft diese Chancen sehr ungleich verteilt. Der Eindruck war: Eine öffentliche Kaste – Politiker, Wirtschaftsvertreter, Journalisten, Wissenschaftler, allesamt in besten Verhältnissen und auf der sicheren Seite des Lebens – reklamiert eine Veränderungsbereitschaft, die von ihr selbst viel weniger verlangt als von den ›normalen‹ Leuten. Die Zuschauer wussten, welchen Risiken sie ausgesetzt werden, während die Wirtschaft, wie es schien, machen konnte, was sie wollte.«<sup>13</sup>

Was den *ideologischen Aspekt* angeht, so wird nur durch die Brille der angesprochenen Erwartungsdeflation gesehen verständlich, warum Merkels Regierungsinhalte so oft mit dem Etikett der »Sozialdemokratisierung« belegt wurden. Dagegen wurde schon verschiedentlich zu Recht Einspruch erhoben.<sup>14</sup> Treffender ist die Diagnose, dass die Ära Merkel nach innen ein zunächst noch eher diffuser, dann immer stärker bestimmender *Sozialliberalismus* prägte. Zugleich war die Ära Merkel innen- wie außenpolitisch ein ideologisches Vakuum. Die Merkel-Regierungen waren nie verlegen darum, nach außen, ins europäische Umfeld das geopolitische Machtgefälle zugunsten Deutschlands auszuspielen, selbst wenn dies sehenden Auges etwa die dramatischen Zuspitzungen der Eurokrise verschärfte oder heftigen Widerspruch bei anderen mitgliedstaatlichen Regierungen hervorrief. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit verhielt sich demgegenüber jedoch weitgehend indifferent. Angela Merkel, die sich vor ihrer Kanzlerschaft noch mit Ergebnissadressen an George W. Bush unbeliebt gemacht hatte, genoss hier weitgehende Narrenfreiheit, da ihr die Öffentlichkeit einen weitgehenden Vertrauens Kredit zugestand. Dort hinein spielte der Verzicht auf jegliche offen artikulierte Führungsansprüche, selbst dort, wo die deutsche Politik sich hinter den geschlossenen Türen der Verhandlungsrunden als harter Veto-Player aufführte. Zum anderen zeigte sich die Öffentlichkeit bemerkenswert indifferent gegenüber dem militärischen Arm der Außen- und Sicherheitspolitik. Nur die

Mandate für neue Einsätze oder Skandale wie nach dem Luftangriff bei Kundus 2009 vermochten die deutsche Öffentlichkeit aus ihrer Gleichgültigkeit zu holen.<sup>15</sup> Eine explizite Merkel-Doktrin in der Außenpolitik gab es nicht. Der innenpolitisch zur Geltung kommende Sozialliberalismus entsprach zwar in vielen Punkten inhaltlich Merkels eigenen Überzeugungen, die sie bereits vor ihrer Zeit als Parteivorsitzende in der CDU hatte durchsetzen wollen.<sup>16</sup> Trotzdem setzte sich der Sozialliberalismus als ideologisches Orientierungsgebäude vor allem aus Ermangelung alternativer Kandidaten durch.

Nach dem Ende des offensiven Neoliberalismus unter dem Eindruck der globalen Finanzkrise setzt im bürgerlichen Spektrum eine Phase der Auseinandersetzung und Selbstverständigung ein, die durchaus genuine Selbstkritik einschloss.<sup>17</sup> Diese Phase wurde jedoch nicht von den Parteien und Kräften des fortschrittlichen Spektrums genutzt, um einen sozial-ökologischen Block aufzubauen, der die Stelle des zuvor prägenden neoliberalen Bündnisses hätte einnehmen können. Grundsatzdebatten wurden im etablierten Parteienspektrum weitgehend vermieden. Fanden sie doch statt, bezogen sie sich meist nicht auf »vertikale« Ungleichheiten, die sich auf soziale Hierarchien, Status, Einkommen und Vermögen beziehen, sondern auf »horizontale«, bei denen es um Fragen der Zugehörigkeit geht. Solche Diskussionen, insbesondere die, die sich auf das Selbstverständnis der Bundesrepublik bezogen, suchten sich weder Merkel noch ihre Koalitionspartner oder die linke Opposition aus. Vielmehr wurden sie dem politischen Spektrum aufgezwungen durch Skandale wie die Enthüllung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), die Gründung und zunehmende Radikalisierung der AfD und die Flüchtlingskrise 2015.

Eng verwandt mit dem ideologischen Aspekt ist die *symbolische Dimension* des Merkelismus. Ihn kennzeichnet ein Paradox: Die Kanzlerin war fast durchgehend um Unauffälligkeit bemüht. Sie bot, wo immer möglich, keine politische Angriffsfläche, sondern betrieb eine Politik der symbolischen Deflationierung, der »Inszenie-

rung der Nichtinszenierung«,<sup>18</sup> auf dass sich möglichst gar kein politischer Erfolgs- und Erwartungsdruck an sie heften möge. Es trat allerdings das Gegenteil ein – Merkel wurde deutlich über das für Regierungschefs übliche Maß hinaus selbst zum politischen »Verdichtungssymbol« (Murray Edelman). Eine Vielzahl von Projektionen von (positiven wie negativen) widersprüchlichen oder gar unvereinbaren politischen Erwartungen und Beurteilungen aus der Bevölkerung verdichteten sich im Bild der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ihr werden irrtümlich viele Veränderungen im »Modell Deutschland« zugeschrieben, die sich vielmehr anderen Akteur:innen und tiefer liegenden Umbrüchen verdanken.

Anlässlich der Ehrung Merkels in Harvard bemerkte ein Spitzenpolitiker der SPD treffend, Merkel werde dort geehrt für dieselben Dinge, für die ihre eigene Partei sie kritisiere und die von der SPD gegen den Widerwillen Merkels und ihrer Partei hatten durchgesetzt werden müssen, wie den gesetzlichen Mindestlohn und die Ehe für alle.<sup>19</sup> Merkel wurde für einen Großteil der Wähler:innen zum »lebenden Rettungsschirm«. <sup>20</sup> Damit schuf sie ungewollt inmitten der ansonsten prägenden Erwartungsdeflation eine beachtliche Fallhöhe. Während der Flüchtlingskrise blieb Merkel Projektionsfläche, doch kehrten sich die Vorzeichen um und ihr wurde von Teilen der Bevölkerung von »Rechtsbruch«, »Vertrat am Amtseid« bis hin zum paranoiden Vorwurf einer absichtsvoll betriebenen »Umvolkung« Etliches zur Last gelegt. Merkels Beliebtheit schwankte über die Jahre durchaus, doch das Wohlwollen fiel ihr wieder zu, wenn die krisenfreie Normalität der Bundesrepublik gefährdet schien.

## Was wird vom Merkelismus bleiben?

Der Bundestagswahlkampf 2021 zeigte bis weit in den August hinein gerade in seiner Belanglosigkeit ein Spannungsfeld auf. Umfragen weisen klima- und migrationsbezogene Fragen als wichtige Prioritäten der Wähler:innen aus.<sup>21</sup> Bei diesen Themen greift das »merkeli-

sche« Vorgehen deutlich weniger gut, weil damit Fragen des Selbstverständnisses als (Einwanderungs-)Gesellschaft und Verteilungsfragen verschiedenster Art verbunden sind. Es zeigen sich sogar im bürgerlichen Spektrum Brüche in bislang dogmatisch vertretenen Positionen, etwa bezüglich der Schuldenbremse.<sup>22</sup> Es ist insofern gut möglich, dass die *Konfliktvermeidung* als Imperativ nicht nur zwischenparteilich, sondern auch innerparteilich absehbar ein Ende findet, weil bestimmte Fragen umso stärker zur Klärung drängen, je länger sie, wie bislang, aufgeschoben werden. Ein erster Schauplatz dürften hier die innerparteilichen Aufarbeitungen des Wahlergebnisses vom 26. September werden sowie die Sondierungs- und schließlich Koalitionsverhandlungen. Macht die Politik ernst mit dem ökologischen Umbau, wird sich voraussichtlich auch einiges im *Stimmungshaushalt* der Bundesrepublik ändern. Der niedrige Erwartungssockel der merkelistischen Jahre wird dadurch infrage gestellt, dass unter einer Selbst- und Fremdverpflichtung aller wirtschaftlichen Sektoren und gesellschaftlichen Bereiche auf Verzicht auf fossile Energieträger und perspektivisch Klimaneutralität bisherige Lebensweisen und der Lebensstandard infrage stehen. Das macht wiederum eine *Re-Ideologisierung* der politischen Meinungsfindungs- und Mehrheitsbildungsprozesse wahrscheinlicher.

Der bislang dominante Sozialliberalismus umfasst zwar grundsätzlich Bekenntnisse zu ökologischer Nachhaltigkeit, beinhaltet aber weder einen Konsens über genaue Pflichten und Grenzen der Einwanderungs- und Integrationspolitik, noch über die beste Maßnahmenbatterie zum Erfüllen der Pariser Klimaziele. Entsprechend ist damit zu rechnen, dass sich Parteien und soziale Kräfte intensiver um Narrative und Diskurse zur Verteidigung ihrer Positionen auf diesem Gebiet bemühen werden. Das dürfte wiederum einen Wettkampf darum befeuern, mit welchen *Symbolen*, Semantiken politische Entscheidungen künftig in Verbindung gebracht werden. Hier ist eine beträchtliche Lücke zu füllen. Gesellschaftspolitisch wird durch verschiedene kleinere und größere Konflikte hindurch

nicht nur das Ergebnis dieser oder jener Reform errungen, sondern, hegemoniepolitisch gedacht, wird immer auch mitverhandelt, was die Leute von der Politik realistischer- und vernünftigerweise erwarten dürfen, und an wen sie diese Erwartungen richten.

Vor 16 Jahren hatte kaum jemand damit gerechnet, dass Angela Merkel so lange regieren würde, und noch weniger, für wie viel Lob und Anfeindungen, Hoffnungen und Enttäuschungen, Wohlwollen und Polarisierung sie einmal zum Bezugspunkt würde. Entsprechend sinnlos wäre jede scharfe Prognose darüber, was dieser Entwicklung folgt, die keinesfalls unvermeidlich war.

<sup>11</sup> Siehe auch Ralph Bollmann, Angela Merkel, a.a.O., S. 350.

<sup>12</sup> Jung/Schroth/Wolf, Regierungswechsel ohne Wechselstimmung, a.a.O., S. 14.

<sup>13</sup> Tissy Bruns, Mehr Optionen, gesunkene Erwartungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 51, 2009, S. 3-5, hier S. 4.

<sup>14</sup> »Merkels vermeintliche »Sozialdemokratisierung« ist ein unausgesprochenes Back to the Roots, die Rückkehr zur christlich-sozialen Ader der Union, die für CDU und CSU immer ebenso bedeutend waren wie ihre konservativen und marktliberalen Quellen.« Ebd., S. 5.

<sup>15</sup> Anna Geis, Der Funktions- und Legitimationswandel der Bundeswehr und das »freundliche Desinteresse« der Bundesbürger, in: Bruno Schoch/Andreas Heinemann-Grüder/Jochen Hippler/Markus Weingardt/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten, Münster 2007, S. 39-50, hier S. 48ff.

<sup>16</sup> Ralph Bollmann, Angela Merkel, a.a.O., S. 192f.

<sup>17</sup> Vgl. Horst Kahrs, Richtungsloses Bürgertum? Zur politischen Wirklichkeit und geistigen Situation im bürgerlichen Lager - Ein Zwischenbericht, 2011, online [www.horstkahrs.de/2011/09/08/ratloses-burgertum/](http://www.horstkahrs.de/2011/09/08/ratloses-burgertum/).

<sup>18</sup> Karl-Rudolf Korte, Präsidientelles Zaudern. Der Regierungsstil von Angela Merkel in der Großen Koalition 2005-2009, in: Sebastian Bukow/Wenke Seemann (Hrsg.), Die Große Koalition. Regierung – Politik – Parteien 2005–2009, Wiesbaden 2010, S. 102–119, hier S. 102.

<sup>19</sup> Jasper von Altenbockum, Eine Partei dankt ab, in: FAZ, 3.6.2019, S. 1.

<sup>20</sup> Manfred Güllner, »Es kommt nicht nur auf Glanz und Gloria an«. Zum 65. Geburtstag von Angela Merkel erklärt der Geschäftsführer des Forsa-Instituts, Manfred Güllner die anhaltenden Beliebtheitswerte der Bundeskanzlerin, in: Hannoversche Allgemeine, 17.7.2019, online unter [www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Interview-mit-Forsa-Chef-Guellner-Es-kommt-nicht-nur-auf-Glanz-und-Gloria-an](http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Interview-mit-Forsa-Chef-Guellner-Es-kommt-nicht-nur-auf-Glanz-und-Gloria-an)

<sup>21</sup> Renate Köcher, Wahl im Zeichen des Klimawandels? Auch nach der Flutkatastrophe ist für die Mehrheit ein anderes Thema noch wichtiger, in: FAZ, 28.7.2021, S. 8.

<sup>22</sup> Konrad Schuller, Söder tritt Debatte über Schuldenbremse los. Nach Bemerkungen zu Klima und Krediten Applaus von den Grünen und Kritik von der FDP, in: FAZ am Sonntag, 15.8.2021, S. 1.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo ([www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

